

Personalräte der Berliner Hochschulen

Senatsverwaltung für Finanzen
Senator Dr. Matthias Kollatz
Klosterstr. 59
10179 Berlin

Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen
Vorsitzender
TU Berlin
Der Präsident, K 31
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

26. Februar 2020

Ballungsraumzulage

Sehr geehrter Herr Senator, sehr geehrter Herr Vorsitzender,

die Berliner Hochschulpersonalräte begrüßen die Einführung der Ballungsraumzulage und unterstützen das Ziel, damit den öffentlichen Dienst in Berlin konkurrenzfähiger gegenüber der privaten Wirtschaft zu machen, um qualifiziertes Personal zu binden und vor allem neu zu gewinnen.

Ein großes Problem stellt die Einführung dieser Zulage dar, wenn sie lediglich für die unmittelbaren Landesbeschäftigten und Eigenbetriebe sowie LHO-Betriebe gezahlt wird. Verschärfend kommt hinzu, dass die Ballungsraumzulage auch für Verwaltungsbeamt*innen an den Hochschulen gezahlt werden soll.

Daraus folgt eine Ungleichbehandlung innerhalb des öffentlichen Dienstes in Berlin und sogar innerhalb einer Hochschule. Das wird zur Verschlechterung des Arbeitsklimas in den Hochschulen und zu noch umfangreicheren Abwanderungen von Beschäftigten aus den Hochschulen mit allen negativen Folgen für die Ausbildung der Studierenden und den viel beschworenen Wissenschaftsstandort Berlin führen.

Die Personalräte der Berliner Hochschulen gehen davon aus, dass dies weder vom Berliner Senat noch von den Hochschulleitungen als gut und hinnehmbar angesehen wird.

Dem Schreiben des Senators für Finanzen an die GEW BERLIN vom 30.11.2019 entnehmen wir, dass zunächst die Rechtsgrundlagen für die Zahlung der Ballungsraumzulage an die Tarifbeschäftigten der Berliner Hochschulen geschaffen werden müssen, damit der Berliner Senat über die Finanzierung dieser Zulage entscheiden kann. Diese Rechtsgrundlagen könnten zum einen über tarifvertragliche

Regelungen zwischen den Hochschulen und dem jeweiligen Arbeitgeberverband oder durch Entlohnungsgrundsätze an den Hochschulen geschaffen werden. Letzteren Ansatz halten wir für problematisch, weil damit die Verantwortung allein den jeweiligen Personalräten und Hochschulleitungen übertragen würde und eine einheitliche Ausgestaltung der Ballungsraumzulage in allen Hochschulen unwahrscheinlich wäre.

Da die Finanzierung der Berliner Hochschulen bis Ende 2022 in den Hochschulverträgen mit dem Berliner Senat festgelegt ist, haben die Hochschulen keinen Spielraum für zusätzliche, nicht geplante Ausgaben in der notwendigen Größenordnung. Ohne eine Finanzierungszusage des Berliner Senats werden die Hochschulen aus unserer Sicht keine rechtlichen Bindungen zur Gewährung der Ballungsraumzulage eingehen.

Auf dieser Basis erscheint uns eine Lösung des Problems undenkbar. Wir fordern Sie auf, sich gemeinsam mit dem Senator für Wissenschaft und Forschung schnellstmöglich zu einem Spitzengespräch bezüglich dieses Themas zu treffen.

§ 2 Absatz 3 BerLHG verpflichtet die Berliner Hochschulen, die gebotene Einheitlichkeit im Personalwesen im Land Berlin zu wahren. Ohne entsprechende Finanzierung ist das allerdings schlicht nicht möglich. Daher muss der Berliner Senat eine Absichtserklärung abgeben, dass bei Schaffung der entsprechenden Rechtsgrundlagen an den Berliner Hochschulen die Finanzierung der Ballungsraumzulage zusätzlich zu den in den Hochschulverträgen zugesagten Mitteln vom Land Berlin übernommen wird.

Die Hochschulpersonalräte plädieren mit Nachdruck dafür, dass alle Beschäftigten der staatlichen Berliner Hochschulen ohne Wenn und Aber in die Regelungen zur Ballungsraumzulage einbezogen werden und das Land Berlin die dafür erforderlichen Mittel bereitstellt.

Wir bitten Sie um Ihre Stellungnahme bis zum 31. März 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Gesamtpersonalrat der Humboldt-Universität zu Berlin
Personalrat der Technischen Universität Berlin
Personalrat der Hochschule für Musik „Hanns Eisler“
Personalrat der Beuth-Hochschule für Technik Berlin
Gesamtpersonalrat der Freien Universität Berlin
Personalrat der Kunsthochschule Berlin (Weißensee)
Personalrat Dahlem der Freien Universität Berlin
Personalrat der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin